



KOLUMNE der DFG

26. Januar 2024

Die Ernennung eines französischen Premierministers und was das für die Europawahl bedeutet

„Der jüngste Präsident der Republik der Geschichte hat den jüngsten Premierminister der Geschichte ernannt“. Das jedenfalls sagte laut „Le Monde“ der 34-jährige bisherige Erziehungsminister Gabriel Attal bei der Begrüßung zur Amtsübergabe durch seine Vorgängerin Elisabeth Borne im Palais Matignon, dem Amtssitz des französischen Premierministers. Mit einer Ablösung der hoch kompetenten, aber wenig charismatischen Premierministerin rechneten Beobachter schon seit einiger Zeit. Sie hatte in den 18 Monaten ihrer Amtszeit - wenn auch nur mithilfe des Notnagels in Artikel 49,3 der Verfassung an der Nationalversammlung vorbei oder von Stimmen des rechtsextremen Rassemblement National RN – zwei zentrale Reformanliegen des Präsidenten, die Rentenreform und das Einwanderungsgesetz, durchgebracht. Gleichwohl schien sie nicht die Galionsfigur zu sein, mit der der Präsident angesichts schlechter Umfragewerte in die kommenden Wahlen würde gehen können oder wollen. Und da steht vor allem die Europawahl ins Haus, die für den französischen Präsidenten eine hohe innen- wie europapolitische Bedeutung hat.

Umfragen haben bislang einen deutlichen Vorsprung von mindestens 10 % des RN von Marine Le Pen mit ihrem dynamischen jungen Spitzenkandidaten Jordan Bardella ausgemacht. Eine nach den letzten Parlamentswahlen erneute Niederlage des Macronlagers würde den Präsidenten zu einer „lame duck“ für die zweite Hälfte seines zweiten „Quinquennat“ machen. Dies soll der junge Ex-Erziehungsminister verhindern. Mit seiner Ernennung wurde er an dem EU-Abgeordneten und Chef der

Renaissance Stephane Séjourné vorbei zum de-facto-Spitzenkandidaten für die EU-Wahl gemacht. Attal kommt zwar ursprünglich aus dem eher linken Lager, hat sich aber frühzeitig auf Macrons Seite geschlagen und wurde dort zu einem seiner engsten Vertrauten. Überdies hat er als Erziehungsminister klare Kante in der Schulpolitik gezeigt und gilt nicht zuletzt wegen seiner Position in der Migrationsfrage als beliebter eher konservativer Politiker, der seine Positionen dank überlegener Rhetorik und großer Entscheidungsfreude durchzusetzen versteht. Mit ihm hofft Macron mithin, der bislang immer erfolgreicheren rechtsextremen Welle des RN Paroli bieten zu können. Hilfreich soll dabei offenbar wohl auch sein, dass das jüngst ernannte und um zwei Minister verkleinerte Kabinett eine deutliche Tendenz nach rechts aufweist, in der zwei ehemalige Ministerinnen Sarkozys Schlüsselpositionen einnehmen. Auch in seiner ersten großen Pressekonferenz seit fünf Jahren deutete der Präsident am 16. Januar eine deutlich konservativere Richtung bei einer Reihe von Politikthemen an.

Offiziell geht es Macron zwar nicht in erster Linie um die Europawahlen, sondern darum, Frankreich zivilgesellschaftlich „wieder aufzurüsten und zu regenerieren“. Dafür scheint ihm der nach eigenem Bekunden der Kühnheit und der Bewegung zugeneigte und als Kämpfer bekannte Attal der bessere Kandidat zu sein, auch wenn er anders als seine Vorgängerin auf absehbare Zeit keine größere Reform durchzubringen haben wird. Deshalb wird er sich zunächst als Wahlkämpfer beweisen und das medientaugliche Duell der beiden Jungen (Bardella ist mit 28 Jahren noch jünger als Attal) gewinnen müssen. Dafür ist zumindest hilfreich, dass er mit den Worten von Bernard Sananès „nicht rechts ist, aber gleichwohl ein klares Signal an die Wähler der

Rechten sendet, ohne die der linken Mitte zu verprellen“. Sollte ihm dies gelingen, könnte Macron danach versucht sein, das zu tun, was er trotz hoher Risikobereitschaft jetzt nicht wagen kann: das Hauptmanko seiner zweiten Amtszeit anzugehen und sich mit Neuwahlen wieder eine parlamentarische Mehrheit in der Nationalversammlung zu verschaffen.

Der ausgewiesene „Europäer“ Séjourné wollte eigentlich, wie er noch im November erklärt hatte, „die Schlacht um die EU-Wahlen anführen“. Nun hat er als neu ernannter Außenminister die Aufgabe, sozusagen im Schatten des Premierministers einen offensiven, Progressive und Populisten polarisierenden EU-Wahlkampf zu begleiten. Macron selbst plant, wie Beobachter wissen wollen, in Fortsetzung seiner berühmten Ansprache an der Sorbonne vom September 2017 demnächst eine weitere große Grundsatzrede zu Europa. Insofern liegen den Wahlen vom Juni in Frankreich zwei sich ergänzende Strategien zugrunde: eine innenpolitische mit Bezug auf den zweiten Teil der letzten Amtszeit des Präsidenten und eine europapolitische mit Blick auf Macrons Pläne für eine souveränere und politischere EU. Beides zusammen verleiht den Wahlen eine über den eigentlichen Anlass hinausgehende Bedeutung.

Das EU-Parlament mit seinen 705 direkt gewählten Abgeordneten repräsentiert die Bevölkerung aller 27 Mitgliedsstaaten, in denen eine nach Einwohnerzahlen festgelegte Anzahl von Abgeordneten direkt gewählt werden. Deutschland entsendet als größter Einzelstaat 96 Abgeordnete, Malta als kleinster 6. Das Parlament hat das Recht, einen Haushalt zu verabschieden, den Präsidenten oder die Präsidentin der Kommission zu wählen und über die Ernennung der Kommissare zu entscheiden sowie Gesetze zu verabschieden. Allerdings müssen alle wesentlichen Entscheidungen jeweils vom Rat der EU (in dem je nach Fachgebiet die jeweils zuständigen Minister der Mitgliedsstaaten sitzen) bestätigt werden. Besonders sichtbar wurde diese deutliche Einschränkung der parlamentarischen Autonomie etwa bei der Wahl der jetzigen Präsidentin, die von den Regierungschefs durchgesetzt wurde, während das Parlament eigentlich den siegreichen Spitzenkandidaten der letzten EU-Wahlen zum Präsidenten wählen wollte.

Eine entscheidende Rolle spielte dabei der damalige (und jetzige) französische Präsident.

Dennoch kommt den Wahlen eine große Bedeutung nicht nur aus den genannten französischen Erwägungen, sondern auch im deutschen Interesse und dem der meisten anderen EU-Staaten zu. Nicht nur in Frankreich, sondern in vielen anderen EU-Staaten haben rechtsextreme Parteien in letzter Zeit in Wahlen und/oder Umfragen deutlich zugelegt. Sollte sich diese Tendenz bei der Europawahl fortsetzen, wäre dies eine Besorgnis erregende Entwicklung, die erhebliche Implikationen auf die Wählerströme in den Mitgliedsstaaten haben dürfte. Die jüngsten Wahlen in Polen haben aber gezeigt, dass autoritäre Parteien nicht unbesiegbar sind. Eine Niederlage für Parteien wie den RN, die AfD, die PIS oder die Fratelli d'Italia bei diesen Wahlen wäre ein nicht zu unterschätzendes Signal der Wählerinnen und Wähler, dass die demokratischen Parteien auch zukünftig in den EU-Mitgliedsstaaten und damit in der EU insgesamt eine führende Rolle spielen (müssen).

Dr. Rainald Steck

Vizepräsident